S 35 SF 17/21 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	2
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 35 SF 17/21 E
Datum	10.01.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 AS 257/22 B
Datum	04.01.2024

3. Instanz

Datum	-

Die Beschwerde des BeschwerdefÃ¼hrers gegen den Beschluss des Sozialgerichts DÃ¼sseldorf vom 10.01.2022 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Â

Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht zu erstatten.

Â

Â

GrÃ¼nde

Â

I.

Die Beteiligten streiten Ã¼ber die HÃ¶he der aus Prozesskostenhilfe festzusetzenden RechtsanwaltsvergÃ¼tung in Anwendung des

RechtsanwaltsvergÃ¼tungsgesetzes (RVG).

Â

Im Ausgangsverfahren vor dem Sozialgericht DÃ¼sseldorf mit dem Az. SÂ 35Â ASÂ 65/15 begehrte der KlÃ¤ger unter AbÃ¤nderung des Bewilligungsbescheids vom 24.03.2014 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2014 hÃ¶here Leistungen fÃ¼r den Zeitraum vom 01.12.2013 bis zum 31.05.2014. Mit einer unter dem Az. SÂ 35Â ASÂ 936/15 erhobenen Klage begehrte er unter AbÃ¤nderung der angefochtenen Bescheide hÃ¶here Leistungen fÃ¼r den Zeitraum vom 01.12.2014 bis zum 31.05.2015 und unter dem Az. SÂ 35Â ASÂ 1196/15 hÃ¶here Leistungen fÃ¼r den Zeitraum vom 01.07.2013 bis zum 30.11.2013. In allen drei Verfahren stellte der KlÃ¤ger mit der Erhebung der Klage auch einen Antrag auf Prozesskostenhilfe und reichte die entsprechenden Unterlagen ein.

Â

Das Sozialgericht lud alle drei Verfahren zu einem ErÃ¶rterungstermin am 14.12.2015 und verband die Verfahren in diesem Termin mit Beschluss ebenfalls vom 14.12.2015 zum Zwecke gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung. Als fÃ¼hrendes Verfahren bestimmte es das Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15. FÃ¼r das verbliebene Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 bewilligte das Sozialgericht dem KlÃ¤ger sodann unter Beiordnung des BeschwerdefÃ¼hrers ratenfreie Prozesskostenhilfe. In einem spÃ¤teren ErÃ¶rterungstermin am 13.03.2017 erklÃ¤rte sich der Beklagte bereit, nach erneuter Aufforderung an den KlÃ¤ger, bestimmte Mitwirkungshandlungen zu erbringen, eine erneute rechtsmittelfÃ¤hige ErklÃ¤rung zu treffen. Daraufhin erklÃ¤rte der KlÃ¤ger die Klage fÃ¼r erledigt.

Â

Der BeschwerdefÃ¼hrer beantragte mit Schreiben vom 03.12.2019 die Festsetzung der GebÃ¼hren im Rahmen der Prozesskostenhilfe und machte dabei getrennte GebÃ¼hren in den Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15, SÂ 35Â ASÂ 1196/15 und SÂ 35Â ASÂ 936/15 in HÃ¶he von insgesamt 2.310,73Â Euro geltend.

Â

Die Urkundsbeamtin der GeschÃ¤ftsstelle setzte die VergÃ¼tung am 07.09.2020 auf insgesamt 1.283,29Â Euro fest und fÃ¼hrte zur BegrÃ¼ndung aus, dass lediglich die Kosten fÃ¼r das Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 festzusetzen seien. Die Bewilligung und Beiordnung im Rahmen der Prozesskostenhilfe sei erst nach der Verbindung der drei Verfahren und nur fÃ¼r das Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 erfolgt. Ein Anspruch gegen die Landeskasse bestehe daher nur in diesem Verfahren.

Â

Durch Beschluss vom 10.01.2022 hat das Sozialgericht auf die mit Schriftsatz vom 16.10.2020 eingelegte Erinnerung des BeschwerdefÃ¼hrers den Kostenfestsetzungsbeschluss vom 07.09.2020 dahingehend abgeÃ¤ndert, dass diesem weitere 43,32Â Euro unter BerÃ¼cksichtigung der im Verfahren SÂ 35Â ASÂ 1196/15 angesetzten Kopierkosten zuzuerkennen seien. Im Ãbrigen hat das Sozialgericht die Erinnerung zurÃ¼ckgewiesen.

Â

Gegen den ihm am 20.01.2022 zugestellten Beschluss hat der BeschwerdefÃ¼hrer am 03.02.2022 Beschwerde eingelegt. Er fÃ¼hrt zur BegrÃ¼ndung seiner Beschwerde aus, dass er die verbundenen Verfahren getrennt abrechnen kÃ¶nne.

Â

Das Sozialgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen.

Â

II.

Â

Ãber die Beschwerde entscheidet der Senat mit drei Berufsrichtern ohne Beteiligung der ehrenamtlichen Richter (Â§Â 56 Abs.Â 2 SatzÂ 1 i.V.m. Â§Â 33 Abs.Â 8 SatzÂ 2 und 3 RVG), weil die Sache grundsÃ¤tzliche Bedeutung hat.

Â

Die Beschwerde ist zulÃ¤ssig, jedoch nicht begrÃ¼ndet.

Â

Die Beschwerde ist zulÃ¤ssig.

Sie ist statthaft. Die Beschwer des BeschwerdefÃ¼hrers Ã¼bersteigt den Betrag von 200,00 Euro. Der BeschwerdefÃ¼hrer wendet sich gegen die Festsetzung seiner VergÃ¼tung auf insgesamt 1.326,61 Euro und begehrt die Festsetzung einer VergÃ¼tung von 2.310,73Â Euro. Die Differenz zwischen festgesetzter und begehrter VergÃ¼tung betrÃ¤gt mehr als 200,00 Euro. Die Beschwerdefrist von zwei Wochen (Â§Â§Â 56Â Abs.Â 2 S.Â 1,Â 33 Abs.Â 3 S.Â 3 RVG) ist gewahrt. Das Sozialgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen (Â§Â 33 Abs.Â 4 S.Â 1Â RVG).

Die Beschwerde ist jedoch nicht begrÃ¼ndet.

Â

Dem BeschwerdefÃ¼hrer steht in dem Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 gegenÃ¼ber

der Staatskasse keine hÃ¶here VergÃ¼tung als die festgesetzte VergÃ¼tung von 1.326,61 Euro ausÂ Â§Â§Â 48Â Abs.Â 1 SatzÂ 1,Â 45 Abs.Â 1 RVGÂ zu.

Â

NachÂ Â§Â 45 Abs.Â 1Â RVGÂ erhÃ¤lt der im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwalt die gesetzliche VergÃ¼tung von der Staatskasse, soweit in Abschnitt 8 desÂ RVGÂ nichts anderes bestimmt ist. Dieser VergÃ¼tungsanspruch ist gemÃ¤Ã Â Â§Â 48 Abs.Â 1 SatzÂ 1Â RVGÂ nach seinem Grund und seiner HÃ¶he von dem Umfang der Beiordnung abhÃ¤ngig. Der beigeordnete Rechtsanwalt kann sÃ¤mtlicheÂ GebÃ¼hrenÂ und Auslagen beanspruchen, die sich aus seiner TÃ¤tigkeit ab Wirksamwerden seiner Beiordnung ergeben (BeckOKÂ RVG/K. Sommerfeldt/M. Sommerfeldt, 62. Ed. 01.12.2023, RVG Â§Â 48 Rn. 17). Vorliegend besteht ein VergÃ¼tungsanspruch des BeschwerdefÃ¼hrers. Zwischen dem KlÃ¤ger und ihm hat ein MandatsverhÃ¤ltnis bestanden. Im Beschluss vom 14.12.2015 Ã¼ber die Bewilligung von Prozesskostenhilfe an den KlÃ¤ger ist der BeschwerdefÃ¼hrer beigeordnet worden.

Â

Die durch das Sozialgericht mit Beschluss vom 10.01.2022 vorgenommene Kostenfestsetzung gegenÃ¼ber der Staatskasse im Rahmen bewilligter Prozesskostenhilfe ist bzgl. des Verfahrens SÂ 35Â ASÂ 65/15 der HÃ¶he nach nicht zu beanstanden.Â

Â

Rechtsgrundlage fÃ¼r den geltend gemachten Anspruch sind die Â§Â§Â 45Â ff. RVG . GemÃ¤Ã Â§Â 45 Abs.Â 1 RVG erhÃ¤lt der im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwalt in Verfahren vor den Gerichten eines Landes die gesetzliche VergÃ¼tung aus der Landeskasse. GemÃ¤Ã Â§Â 48 Abs.Â 1 RVG bestimmt sich der VergÃ¼tungsanspruch des beigeordneten Rechtsanwalts nach den BeschlÃ¼ssen, durch die die Prozesskostenhilfe bewilligt und der Rechtsanwalt beigeordnet oder bestellt worden ist.

Â

Bis zur Verbindung der Verfahren am 14.12.2015 ist Ã¼ber den jeweils gestellten Prozesskostenhilfeantrag nicht entschieden worden. Die nach Verbindung der Verfahren im fÃ¼hrenden Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 mit Beschluss vom 14.12.2015 erfolgte Bewilligung von Prozesskostenhilfe unter Beiordnung des BeschwerdefÃ¼hrers bezieht sich nur auf dieses Verfahren. Eine fÃ¶rmliche Verbindung der Verfahren nach Â§Â 113 SGG hat zur Folge, dass nur noch ein Verfahren anhÃ¤ngig ist und alle weiteren nach Verbindung entstehenden GebÃ¼hren nur noch in diesem Verfahren anfallen. Des weiteren fÃ¼hrt die Verbindung ursprÃ¼nglich rechtlich selbstÃ¤ndiger Verfahren dazu, dass die bereits verdienten GebÃ¼hren dem Rechtsanwalt weiterhin zustehen. Er kann wÃ¤hlen, ob er die GebÃ¼hren aus den getrennten oder aus dem verbundenen Verfahren

verlangt (vgl. ThÃ¼ringer LSG, Beschluss vom 20.07.2017Â â□□ LÂ 6Â SFÂ 1115/15Â B, Rn.Â 27, juris). Dieses Wahlrecht lÃ¤uft hier jedoch ins Leere, da in den hinzuverbundenen Verfahren keine Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist (ThÃ¼ringer LSG, Beschluss vom 05.07.2019Â â□□ LÂ 1Â SFÂ 230/18Â B, Rn.Â 7, juris). Denn die Verbindung bewirkt nicht, dass aus mehreren Rechtsstreitigkeiten eine einzige Streitigkeit wird (vgl. SÃ¤chsisches LSG, Beschluss vom 04.01.2010Â â□□ LÂ 7Â ASÂ 73/09Â B PKHÂ , Rn.Â 31, juris; a.A. LSG NRW, Beschluss vom 11.10.2019Â â□□ LÂ 7Â ASÂ 1478/19Â B, Rn.Â 13, juris; LSG NRW, Beschluss vom 02.09.2014Â â□□ LÂ 20Â SOÂ 317/13Â B, Rn.Â 25, juris). Vielmehr bleiben die verbundenen Verfahren selbstÃ¤ndig (vgl. Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 14. Aufl. 2023, Â§Â 113 Rn.Â 4). Die Sachentscheidungsvoraussetzungen und die BegrÃ¼ndetheit des Klagebegehrens sind fÃ¼r jedes der verbundenen Verfahren gesondert zu prÃ¼fen (vgl. Guttenberger in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2. Aufl., Â§Â 113 SGG (Stand: 15.06.2022), Rn.Â 27). Dementsprechend sind in verbundenen Rechtsstreitigkeiten auch die Voraussetzungen fÃ¼r die Aussicht auf Erfolg der Rechtsverfolgung oder -verteidigung im Sinne des Â§Â 73a Abs.Â 1 SatzÂ 1 SGG i.V.m. Â§Â 114 SatzÂ 1 ZPO gesondert zu prÃ¼fen (vgl. Leopold, in: beck-online Grosskommentar, SGG, Stand: 01.11.2023, Â§Â 73a Rn.Â 42; Haupt/Wehrhahn, in: Fichte/JÃ¼ttner, SGG, 3. Aufl., Â§Â 113 Rn.Â 8). Da die Verbindung nicht dazu fÃ¼hrt, dass aus mehreren Rechtsstreitigkeiten eine einzige Streitigkeit wird, kann sie auch nicht dazu fÃ¼hren, dass aus mehreren ProzesskostenhilfeantrÃ¤gen ein einziger Antrag wird. Der Prozesskostenhilfe-Antrag ist immer auf die konkrete Klage bezogen und zu dieser ein Annex-Antrag. So wie Ã¼ber die Klage (nach einer Verbindung weiterhin) getrennt zu entscheiden ist, ist auch Ã¼ber die Prozesskostenhilfe gesondert zu entscheiden. WÃ¼rde man dies anders sehen, wÃ¼rde durch die Verbindung von Klagen Prozesskostenhilfe auch in den hinzuverbundenen Verfahren gewÃ¤hrt werden, ohne dass die Erfolgsaussichten gesondert geprÃ¼ft werden kÃ¶nnten. Ein solches Ergebnis ist nicht gerechtfertigt.

Â

Wird bis zur Beendigung des Verfahrens â□□ wie hier durch Verbindung â□□ Ã¼ber den Prozesskostenhilfe-Antrag nicht entschieden, ist auf die allgemeinen GrundsÃ¤tze zurÃ¼ckzugreifen, wonach im Einzelfall Prozesskostenhilfe auch noch nach Abschluss der ersten Instanz gewÃ¤hrt werden kann (vgl. auch LSG NRW, Beschluss vom 02.08.2022, LÂ 19Â ASÂ 398/22Â B; LSG NRW, Beschluss vom 22.08.2023, L 9 SO 141/23 B, Rn. 12, juris; Schmidt, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 14. Aufl. 2023, Â§Â 73a Rn.Â 11a).

Â

Die durch das Sozialgericht vorgenommene Kostenfestsetzung gegenÃ¼ber der Staatskasse im Rahmen der bewilligten Prozesskostenhilfe ist der HÃ¶he nach nicht zu beanstanden. Die von dem BeschwerdefÃ¼hrer beantragte VerfahrensgebÃ¼hr nach Nr.Â 3102 des VergÃ¼tungsverzeichnisses (VV-RVG) â□□ AnlageÂ 1 zu Â§Â 2 Abs.Â 2 RVG â□□ in HÃ¶he von 390,00Â Euro, die TerminsgebÃ¼hr nach Nr.Â 3106 VVÂ RVG in HÃ¶he von 280,00Â Euro und die EinigungsgebÃ¼hr nach Nr.Â 1006

VVÂ RVG in HÃ¶he von 300,00Â Euro sind antragsgemÃ¤Ã festgesetzt worden. Der BeschwerdefÃ¼hrer konnte sich jedoch mit seinem Vorbringen, wonach fÃ¼r den Fall, dass nur eine VerfahrensgebÃ¼hr und nur eine TerminsgebÃ¼hr geltend gemacht werden kÃ¶nne, diese jeweils mit der HÃ¶chstgebÃ¼hr zu bemessen seien, nicht durchsetzen. Die VerfahrensgebÃ¼hr in dem Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 rechtfertigt nach den Kriterien des Â§Â 14 Abs.Â 1 RVG bei Ã¼berdurchschnittlichen Merkmalen eine VerfahrensgebÃ¼hr von 390,00Â Euro. Eine hÃ¶here GebÃ¼hr oder gar die HÃ¶chstgebÃ¼hr in HÃ¶he von 550,00Â Euro war fÃ¼r dieses Verfahren nicht anzusetzen, weil dies ein schwieriges oder komplexes Verfahren voraussetzt, dass hier offensichtlich nicht vorlag. Ãber die VerfahrensgebÃ¼hr in den Verfahren SÂ 35Â ASÂ 1196/15 und SÂ 35Â ASÂ 936/15 wird mit der noch ausstehenden PKH-Entscheidung zu befinden sein. Eine TerminsgebÃ¼hr und eine EinigungsgebÃ¼hr sind jeweils nur in dem Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 nach dem Verbindungsbeschluss angefallen (vgl. LSG NRW, Beschluss vom 02.08.2022, LÂ 19Â ASÂ 398/22Â B). Unter BerÃ¼cksichtigung der Kriterien des Â§Â 14 Abs.Â 1 RVG erscheinen bei durchschnittlichen Merkmalen die im Verfahren SÂ 35Â ASÂ 65/15 angesetzte TerminsgebÃ¼hr und EinigungsgebÃ¼hr als angemessen.

Â

Das Verfahren ist gebÃ¼hrenfrei (Â§Â 56 Abs.Â 2 SatzÂ 2 RVG). Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht erstattungsfÃ¤hig (Â§Â 56 Abs.Â 2 SatzÂ 3 RVG).

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (Â§Â§Â 56 Abs.Â 2 SatzÂ 1, 33 Abs.Â 4 SatzÂ 3 RVG).

Â

Erstellt am: 30.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024